

Bernd Marin

Der Standard, 10. Oktober 2007

Pensionistenpreisindex

*Pensionsanpassung nach PIPH (2,1%)
oder VPI (1,7%), das ist die Frage.
Ist das die Frage?*

Die Pensionisten, wohllorganisierte Interessengruppe mit wortgewaltigen und geschickten Präsidenten, wollen mehr Geld. Das ist ihr gutes Recht, verständlich und legitim: ich könnte zehn Kolumnen mit 1001 guten Gründen für ihre Besserstellung schreiben. Aber auch zehn dagegen.

Die Seniorenlobby weiß, dass in einer verwissenschaftlichten Gesellschaft ein höherer Anteil am Wohlstandskuchen „objektiver“ Daten bedarf. Sie hat daher, unterstützt vom Sozialministerium, bei der Statistik Austria (STATA), die Berechnung eines eigenen Pensionistenpreisindex (PIPH) beauftragt, um ihre Inflation mit 0,2 bis 0,4% über dem Verbraucherpreisindex (VPI) nachzuweisen. Die Pensionen müssten daher mit 2,1 statt mit 1,7% valorisiert werden.

Top-Versicherungsfachleute wie Holzer und Pagler haben die Qualität des PIPH angezweifelt, die STATA entrüstet ihre „Objektivität und Unabhängigkeit“ betont. Tatsächlich ist der PIPH, trotz einiger Widersprüche und Schwächen, methodisch annehmbar. Problematischer ist, dass sich eine mächtige Lobby, mit dem Segen und Geld eines Ministers, ihren partikularen Preisindex amtlich bestellt: kann morgen auch die Armutskonferenz einen - weitaus berechtigteren – „Armen-Index“, der Katholische Familienverband einen „Mehrkindfamilien-Index“, Herr Schakfeh um Saudi-Petrodollars einen „Scharia-Index“ kaufen? Und wenn die monatlich rund 40.000 Preise in 4.200 Geschäften für 770 Dienstleistungen und Waren im Warenkorb für 400.000 Muslime ohne Schweinsstelen, Branntwein, Glücksspiel und Ausgaben für außerehelichen Sex anders

zu gewichten wären wie im VIP, bekämen Muslime dann andere KV-Abschlüsse und Pensionen? Und Reiche höhere Pensionsvalorisierungen, weil der „Reichen-Index“ mehr Luxuskonsum und höhere Teuerung ausweist?

Der Sinn einer einzigen, allgemeinen Inflationsberechnung liegt gerade in der Pauschalierung, die von Gruppenschicksalen absieht, ein wechselseitiges Index-Lizitieren durch regionale, lokale, sektorale, ständische und andere Einzelinteressen verhindert. Eine der großen Errungenschaften der Sozialpartnerschaft in der Nachkriegszeit war – „gentlemen agree on facts“ – den Kollektivvertragsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unstrittige Inflationsmessungen zugrunde zu legen – nur wer um die Teuerungsrate selbst nicht streitet kann brauchbare Kompromisse finden.

Vergleicht man PIPH und VPI, so zeigen sich übrigens neben erwartbaren auch durchaus überraschende Ergebnisse: so geben Pensionisten nicht nur mehr für Nahrung und Gesundheit sondern – entgegen manchem Klischee - auch weniger für Restaurants, Hotels, Wellness, Pauschal- und Auslandsreisen und 70% weniger für Flugreisen als Jüngere aus; dafür mehr für Schweinsschnitzel, alle Alkoholika (Bier, Weine, Sekt, Branntweinverschnitt, Wodka); und deutlich mehr für Friseur, Kosmetiksalons und Körperpflege, Fußpflege, Massage, Gesichtsbehandlung, Sauna, Solarium und Lippenstift; Gleitmittel, Kontrazeptiva und Kondome werden in Pensionistenhaushalten weniger aber doch eingekauft - immerhin treten 91% der Österreicher/Innen die Rente im besten Erwerbs- und sexuell aktiven Alter, lange vor 65 an. Noch mehr als die Landsleute im Schnitt zahlen die Rentner für eine ganz und gar freiwillige Deppensteuer: Rubellose, Joker, Lotto und Glücksspiele aller Art lassen sich die Pensionisten um 26% mehr ihres Einkommens und mehr als die Hälfte der nunmehr mit 2%

des Nettoeinkommens gedeckelten
Arzneimittelausgaben kosten.